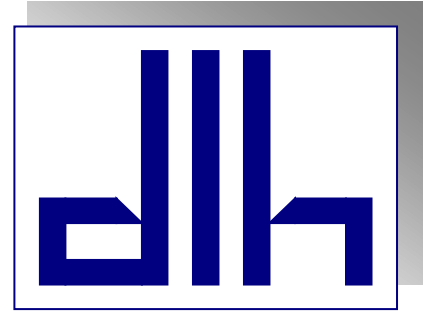


Deutscher Lehrerverband Hessen

Landesvorsitzende
**Edith Krippner-
Grimme**

An den Eichen 8, 34599 Neuental
Telefon 06693/1420
Deutscher-Lehrerverband-Hessen@gmx.de



Inhalt der dlh-Nachrichten III-2013

Teach First – Fellows an Hessens Schulen

Neues aus dem Landesschulamt

Modellversuch gestufte Berufsfachschule

Sozialindex – Sozialindizierte Zuweisung

Einstellungsverfahren in den pädagogischen Vorbereitungsdienst zum 01.11.2013

Teach First – Fellows an Hessens Schulen

Im Rahmen eines Modellvorhabens möchte die Teach First Deutschland gGmbH, die sich bereits in mehreren Bundesländern mit ihren Fellows (herausragende Hochschulabsolventen aller Studienrichtungen und besonderer persönlicher Eignung) engagiert, auch in Hessen Fuß fassen.

In der Pilotphase sollen vorerst maximal 10 Fellows an Hessens Schulen eingesetzt werden. Finanziert werden sollen diese mittelbar durch das Land Hessen aus den Zuschlägen zur Grundunterrichtsversorgung (die in Mittel umgewandelt werden) und/oder durch eventuell an Schulen vorhandene Rücklagen aus Mitteln, die nicht an bestimmte Zwecke gebunden sind wie VSS oder LMF. Die Schulen sollen dann sicherstellen, dass ausreichend Budget vorhanden ist, um die Fellows über zwei Jahre zu finanzieren. Für diese zwei Jahre belaufen sich die Gesamtkosten für die Schulen auf fast 59.000 €, von denen der Fellow einen monatlichen Bruttolohn von 1850 € erhalten soll.

Der HPRLI lehnt dieses Vorhaben aufgrund zahlreicher ungeklärter Sachverhalte (u. a. Haftungsfragen, personalvertretungsrechtliche Fragen, Fragen nach der Rechtsstellung der Fellows und der mit ihnen verbundenen Hospitationen usw.) entschieden ab.

Auch aus Sicht des **dlh** stellt sich das Programm als äußerst problematisch dar; z.B. behält die Teach First gGmbH eine sogenannte Regiegebühr in beträchtlicher Höhe ein. Der **dlh** befürchtet außerdem, und dies ist dem **dlh** noch wesentlich wichtiger, dass mit diesem Programm geradezu eine Deprofessionalisierung des Lehrerberufs einher geht.

Im Übrigen fragt sich der **dlh**, welche herausragenden Hochschulabsolventen für rund 22.200,- € Bruttojahresgehalt zu finden sein werden. Sind dies etwa die dringend gesuchten Lehrkräfte mit den Fächern aus dem MINT-Bereich?

Neues aus dem Landesschulamt

Mittlerweile ist die Ausschreibung der Präsidentenstelle und weiterer Abteilungsleiterstellen erfolgt. Die Tatsache, dass die Präsidentenstelle noch nicht besetzt ist, ist wohl einer anhängigen Konkurrentenklage geschuldet.

Da nach der Landtagswahl in Hessen wieder sog. „hessische Verhältnisse“ herrschen und die amtierende Landesregierung noch bis Januar im Amt ist, wird der Aufbau des LSA (es stehen neben den Personalversetzungs- und Organisationsmaßnahmen auch Immobilienmietverträge an) vom kommissarischen Leiter des LSA weiter wie bisher vorangetrieben, da dies auf der Grundlage eines Gesetzes erfolgt.

Der **dlh** wartet weiterhin gespannt auf den von der Politik versprochenen Effizienzgewinn durch die Einführung des Landesschulamtes. Diesen könnte man direkt dem Bereich Ausbildung zuführen. Der **dlh** verweist hier auf den Bericht zum Einstellungsverfahren am Ende dieser **dlh**-Nachrichten. Denkbar sind hier neben zusätzlichen Referendarsstellen auch eine Erhöhung der Ausbildungskapazität durch hauptamtliche Ausbilder in Mangelfächern oder eine Mentorenlastung.

Modellversuch gestufte Berufsfachschule

Dieser Modellversuch werde wegen des demographischen Wandels und des steigenden Fachkräftemangels durchgeführt. Die beruflichen Schulen sollen dadurch flexibler werden, so dass sie den Jugendlichen eine möglichst optimale Vorbereitung auf ihren zukünftigen Beruf bieten. Aus der Pressemitteilung vom 03.06.2013 des HKM geht hervor, dass in dieses Pilotprojekt die

- Eduard-Stieler-Schule, Fulda
- Ludwig-Geißler-Schule, Hanau
- Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Schule, Fritzlar

eingebunden sind.

Die gestufte Berufsfachschule habe einen stärker berufsorientierten Fokus, und es werde den Jugendlichen parallel zu Ihrer Ausbildung der Erwerb des mittleren Bildungsabschlusses angeboten.

Im folgenden eine Gegenüberstellung der neuen gestufte Berufsfachschule und der bisherigen zweijährigen Berufsfachschule:

(Quelle: <https://kultusministerium.hessen.de/presse/pressemitteilung/modell-gestufte-berufsfachschule>, 26.09.13)

Neu: Gestufte Berufsfachschule	Alt: Zweijährige Berufsfachschule
<p>Alle Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss können die „Gestufte Berufsfachschule“ besuchen.</p>	<p>Nur Schülerinnen und Schüler mit einem Qualifizierten Hauptschulabschluss (oder Notendurchschnitt in den Kernfächern mindestens 3/3/4) können die bestehende Zweijährige Berufsfachschule besuchen.</p>
<p>Der Erwerb des mittleren Abschlusses wird erheblich erleichtert, da das hierzu erforderliche Curriculum entsprechend angepasst wird und bereits in der „Gestufteten Berufsfachschule“ erbrachte Unterrichtsleistungen auf das für den mittleren Abschluss geforderte Unterrichtsvolumen angerechnet werden.</p>	
<p>Berufliche Orientierung ist wesentlicher Teil des Unterrichtskonzepts. D.h. „hineinschnuppern“ in verschiedene Schwerpunkte in den jeweiligen</p>	<p>Mit der Anmeldung der Schülerinnen und Schüler für die Berufsfachschule erfolgte bislang schon die Festlegung</p>

Neu: Gestufte Berufsfachschule	Alt: Zweijährige Berufsfachschule
<p>Fachrichtungen (Wirtschaft, Technik, Gesundheit und Sozialwesen) und mehrere Praktika und schwerpunktübergreifende Projekte. Erst dann wird sich auf einen Schwerpunkt festgelegt.</p> <p>Eine Orientierung der Schülerinnen und Schüler in Richtung duale Ausbildung soll mithilfe eine begleitende Ausbildungsberatung durch die jeweilige regionale Industrie- und Handelskammer, die Kreishandwerkerschaften und -innungen und regionale Stellen der Bundesagentur für Arbeit verstärkt werden.</p>	<p>auf einen Schwerpunkt innerhalb der jeweils angebotenen Fachrichtung (Beispiel: Metalltechnik in der Fachrichtung Technik).</p>

Der HPRLI wird sich in einer der nächsten Sitzungen mit der Dienststelle über diesen Modellversuch auseinandersetzen.

Sozialindex – Sozialindizierte Zuweisung

Seit diesem Schuljahr beinhaltet die Zuweisung an die Schulen zusätzliche Stellen über den sog. Sozialindex (insgesamt etwas mehr als 300). In den **dlh**-Nachrichten I-2013 wurde auf den Sozialindex und seine Kriterien

- Anteil der Arbeitslosen an der Wohnbevölkerung jeder Gemeinde
- Anteil der SGB II-Empfänger (Hartz IV) an der Wohnbevölkerung jeder Gemeinde
- Anteil der Einfamilienhäuser bezogen auf die Gesamtzahl der Wohnungen jeder Gemeinde
- Anteil der Zuwanderer unter den Schülerinnen u. Schülern jeder Schule

bereits eingegangen. Der HPRLI fragte in diesem Zusammenhang, ob die zusätzliche Zuweisung genau wie bei der Grundzuweisung verwendet werden könne. Die Dienststelle gab daraufhin zu verstehen, dass beabsichtigt sei, dass den Schulen auch die Möglichkeit der Einstellung von Sozialpädagogen offen stehen solle.

Weiterhin sei man im Kontakt mit dem Städtetag, um die Datengrundlage für den Sozialindex zu verbessern. Ebenso müsse die LUSD (Adressfelder, Muttersprache) besser gepflegt werden. Beabsichtigt war von Seiten der Dienststelle, über einen Leistungs- und Risikoindex weitere Daten zunächst auf freiwilliger Basis von den Schulen zu erheben.

Der HPRLI sieht allerdings im weiteren Sammeln von Daten keine Lösung der Problematik, denn es seien bei pädagogischen Prozessen immer Ergebnisse gegeben, die nicht in Kennziffern gemessen werden können.

Der **dlh** meint, bevor man (zusätzliche) Daten erhebt, solle man sich überlegen, wozu genau man diese verwenden möchte. Dieser Prozess sollte im Vorfeld möglichst allen Beteiligten transparent gemacht werden. Gegebenenfalls müsse nach den innerhalb von 3 Jahren gesammelten Erfahrungen auch über die Grundkriterien diskutiert werden. Hier zeigt sich bereits jetzt, dass ländliche Regionen aufgrund des Anteils an Einfamilienhäusern gegenüber städtischen Ballungsräumen ins Hintertreffen zu geraten scheinen.

Einstellungsverfahren in den pädagogischen Vorbereitungsdienst zum 01.11.2013

Für das Hauptverfahren zum Einstellungstermin lagen über 2000 Bewerbungen vor. Demgegenüber standen 1250 Stellen zur Einstellung zur Verfügung. Während bei den Lehrämtern für Grundschule, Förderschule, Haupt- und Realschule und Berufsschule alle Bewerbungen mit einem Angebot versehen werden konnten, gibt es leider im Bereich der Gymnasien mehr als 700 Bewerbungen, die ohne Angebot blieben. Dies resultiert daraus, dass es in diesem Bereich die größte Anzahl an Bewerbungen gibt. Vornehmlich betroffen sind hier die Fächer Deutsch, Englisch und Geschichte, während es in den Fächern Physik und Mathematik nennenswerte Einstellungsangebote im Rahmen des Quereinstieges gab.

Der **dlh** meint, dass es wohl in Zukunft in bestimmten Fächern im gymnasialen Bereich weiterhin Engpässe geben wird, während in anderen nach wie vor gute Einstellungschancen bestehen (**allen** Bewerbern in den Fächern Chemie, Informatik, Physik konnte ein Einstellungsangebot unterbreitet werden).

Insbesondere das gymnasiale Lehramt sollte in Zukunft in den Fokus der Überlegungen treten, denn es ist der einzige Bereich, in dem es auf der Warteliste Bewerber mit einem und mehr Wartepunkte gibt. Hier weist der **dlh** darauf hin, dass Bewerber gegenüber dem Land Hessen einen Anspruch auf ein Angebot innerhalb von 3 Jahren nach Abschluss der 1. Phase der Lehrerausbildung haben.

Der **dlh** wirkt mit seinen Kräften darauf hin, eine Situation zu vermeiden, wie sie Ende der 1970er und in den 1980er Jahren bestand (für alle Jüngerer: damals herrschte ein teilweiser Einstellungsstopp, so dass selbst die Besten eines jeden Jahrgangs nicht eingestellt werden konnten).

Der **dlh** plädiert dafür, Reserven für einen Einstellungskorridor zu bilden.

Der **dlh** ist sich weiterhin sicher, dass Ressourcen, die in den Bereich der Aus- und Weiterbildung fließen, gut angelegt sind, denn es geht hier um die Ausbildung und Qualifikation unserer zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer. Dass Bildung in Deutschland die Ressource Nr. 1 ist, braucht der **dlh** an dieser Stelle wirklich niemandem mehr zu erklären.

gez. Jürgen Hartmann

Paul Kötter bekommt den Ehrenbrief des Landes Hessen verliehen



Im Rahmen einer Feierstunde am 25.09.2013 bekam Paul Kötter für seine ehrenamtliche Tätigkeit (u. a. 20 Jahre Kreisvorsitzender im **dlh**, langjähriger Bezirksvorsitzender und damit Mitglied des Landesvorstandes im HPhV) aus den Händen von Landrat Matthias Wilkes den Ehrenbrief des Landes Hessen verliehen.

Auf dem Bild v. l. n. r.: Bürgermeister der Stadt Rimbach Holger Schmitt, Paul Kötter, Jürgen Hartmann